

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Prüfungsdauer

40 Minuten

Anzahl Seiten der Prüfung (inkl. Deckblatt)

12

Beilage(n)

Kalender

Maximale Punktzahl

40

Erzielte Punkte

Note

Hinweise

- Schreiben Sie die Kandidatennummer auf sämtliche Blätter (Prüfung und allfällige Zusatzblätter).
- Prüfen Sie den Aufgabensatz auf seine Vollständigkeit.
- Schreiben Sie Ihre Antworten ausschliesslich auf die Vorderseiten der Antwort-/Lösungsblätter.
- Verwenden Sie bei Bedarf für Ihre Lösungen ein offizielles Zusatzblatt, welches Ihnen auf Handzeichen zur Verfügung gestellt wird.
- Die blosser Nennung eines Gesetzes- oder Verordnungsartikels reicht nicht aus (ausser dies wird ausdrücklich erlaubt).
- Die Aufgaben können in beliebiger Reihenfolge gelöst werden. Das Punktemaximum wird bei jeder Aufgabe angegeben. Teillösungen ergeben ebenfalls Punkte.
- Benutzen Sie Kugelschreiber, Filzstift oder Tinte (dokumentenecht, nicht radierbar, keine rote Farbe und kein Bleistift) zum Lösen der Prüfung.

Die Experten/innen**Datum****Unterschriften**

Experte 1

Experte 2

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 1: Gewaltenteilung (2 Punkte)

Ausgangslage

Die Gewaltenteilung geht von einer Dreiteilung der Staatstätigkeit aus.

Aufgabe

Nennen Sie jeweils den Fachbegriff für die nachfolgenden Staatstätigkeiten:

Das Kantonsgericht Graubünden erlässt ein Urteil.	
Der Gemeinderat Zürich beschliesst ein Gesetz.	
Die Ausgleichkasse Zug erlässt eine Verfügung.	
Die Baubehörde der Gemeinde Dietlikon genehmigt ein Bauprojekt.	

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 2: Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit (3 Punkte)

Ausgangslage

Staatliche Hoheitsakte können in den meisten Fällen gerichtlich überprüft werden. Es gibt aber auch Einschränkungen.

Aufgabe 2.1 (2 Punkt)

Weshalb kann das Bundesgericht nicht überprüfen, ob das im AHVG festgelegte unterschiedliche Rentenalter gegen die Verfassung verstösst?

Hinweis

Nennen Sie die Grundlage mit Artikel.

Aufgabe 2.2 (1 Punkt)

Wie ist diesbezüglich die Rechtslage bei Verordnungen des Bundesrates, die gegen die Verfassung verstossen?

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 3: Sammlungen des Bundesrechts (4 Punkte)

Ausgangslage

Der Bund kennt zwei unterschiedliche Rechtssammlungen.

Aufgabe 3.1 (2 Punkte)

In der Übergangsbestimmung zur Änderung der AVIV vom 02.03.2012 wird auf AS 2015 5877 verwiesen. Was bedeutet dieses Kürzel und die beiden Zahlen?

Aufgabe 3.2 (2 Punkte)

Welche Rechtssammlung konsultieren Sie, wenn Sie sicher gehen wollen, dass Sie sich auf den aktuellen Stand eines Bundeserlasses stützen? Geben Sie auch das Kürzel an.

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 4: Mitbestimmung bei Staatsverträgen (2 Punkte)

Ausgangslage

Auf dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts hat die Schweiz mit zahlreichen Staaten sogenannte Sozialversicherungsabkommen (Staatsverträge) abgeschlossen.

Aufgabe

Welche zwei Möglichkeiten der Mitwirkung des Volkes sieht die Bundesverfassung bei solchen Staatsverträgen vor?

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 5: Fristenwahrung (7 Punkte)

Ausgangslage

Für die Wahrung von Fristen im Einsprache- bzw. Beschwerdeverfahren gelten strenge Formvorschriften.

Aufgabe

Bestimmen Sie bei den Aufgaben 5.1 und 5.2 mit Hilfe des beiliegenden Kalenders in den nachfolgenden Fällen den letzten Tag, der für die Fristwahrung noch ausreichend ist (genaues Datum: tt.mm.jjjj).
Kantonale Feiertage sind nicht zu berücksichtigen.

Aufgabe 5.1 (2 Punkte)

Jakob Hutter hat am Montag, 22.06.2020, eine Verfügung, datiert vom 18.06.2020, von der Unfallversicherung erhalten.

Aufgabe 5.2 (2 Punkte)

Am Freitag, 27.03.2020, hat Nadja Mahrer einen Einspracheentscheid der Arbeitslosenkasse, datiert vom 24.03.2020, in Empfang genommen.

Aufgabe 5.3 (3 Punkte)

Nach einem langen Spitalaufenthalt findet Reto Pfändler zuhause eine Beitragsverfügung der Ausgleichskasse vor. Diese hält er nicht für korrekt. Die Rechtsmittelfrist ist indessen längst abgelaufen. Welche Möglichkeit hat der Beitragspflichtige, die Verfügung dennoch anzufechten? Nennen Sie die Bedingungen und die entsprechende(n) Rechtsgrundlage(n) mit Gesetz und Artikel.

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 6: Grundsatz der Gesetzmässigkeit der Verwaltung (3 Punkte)

Ausgangslage

Die Grundprinzipien des Verwaltungsrechts sollen die Rechtsstaatlichkeit des staatlichen Handelns gewährleisten.

Aufgabe

Der Eventmanager Sven Ammann ist von der Coronakrise besonders hart betroffen. Er stellt daher seiner Ausgleichskasse das Gesuch, statt der gesetzlich vorgesehenen Beitragssätze für AHV/IV/EO einen Beitragssatz von höchstens 5% anzuwenden. Sie haben sein Gesuch zu behandeln. Wie beurteilen Sie es?

Begründen Sie Ihre Antwort unter Anführung der entsprechenden Rechtsgrundlage(n) mit Artikel und Absatz.

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 7: Grundsatz von Treu und Glauben (5 Punkte)

Ausgangslage

Der Grundsatz des Handelns nach Treu und Glauben richtet sich an den Staat, aber auch an die Bürgerinnen und Bürger.

Aufgabe 7.1 (2 Punkte)

Monika Dittli verlangte von ihrer Ausgleichskasse eine Rentenvorausberechnung. Aufgrund der erhaltenen Auskunft erwarb sie eine Eigentumswohnung. Bei Erhalt der Rentenverfügung musste sie dann feststellen, dass die Ausgleichskasse ihr bei der Vorausberechnung einen viel höheren Rentenbetrag in Aussicht gestellt hatte. Unter diesen Umständen hätte sie die Wohnung nicht gekauft.

Gestützt auf welche Verfassungsbestimmungen (Artikel und Absatz) kann Monika Dittli grundsätzlich einen Anspruch auf Vertrauensschutz infolge unrichtiger Auskunft der Ausgleichskasse geltend machen?

Aufgabe 7.2 (3 Punkte)

Nennen Sie stichwortartig die Voraussetzungen, die allgemein erfüllt sein müssen, damit eine objektiv unrichtige Auskunft im Sozialversicherungsrecht verbindlich ist.

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 8: Verfahrensrecht im ATSG (5 Punkte)

Ausgangslage

Dem ATSG oder der ATSV können zahlreiche Verfahrensregeln entnommen werden. Geben Sie an, welchen Artikeln (inkl. Absatz) den beiden Erlassen die Lösung zu den nachfolgenden Fragestellungen entnommen werden kann.

Aufgabe 8.1 (1 Punkt)

Der Grundsatz, dass im Einspracheverfahren in der Regel keine Parteientschädigungen zugesprochen werden.

Aufgabe 8.2 (1 Punkt)

Die Pflicht der Sozialversicherungen zur systematischen Aktenführung.

Aufgabe 8.3 (1 Punkt)

Der Grundsatz der Kostenlosigkeit der Akteneinsicht durch Versicherte.

Aufgabe 8.4 (1 Punkt)

Die Pflicht der Versicherungsträger, für die Anmeldung von Leistungsgesuchen Formulare abzugeben.

Aufgabe 8.5 (1 Punkt)

Was der Versicherer vorzukehren hat, wenn eine Einsprache den Anforderungen nicht genügt oder die Unterschrift fehlt.

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 9: Allgemeine Verfahrensgarantien (2 Punkte)

Ausgangslage

Aus Art. 29 Abs. 1 BV leitet sich das Verbot der Rechtsverweigerung und der Rechtsverzögerung ab.

Aufgabe

Silvia Herger hat gegen eine Verfügung der Arbeitslosenkasse Einsprache eingereicht. Nach langem Warten auf den Entscheid hat sie bei der Kasse interveniert. Auch nach weiteren sechs Monaten hat die Kasse den Einspracheentscheid noch nicht eröffnet. Welche Möglichkeit steht Silvia Herger in dieser Situation offen? Begründen Sie Ihre Antwort unter Angabe der entsprechenden Rechtsgrundlage mit Gesetz, Artikel und Absatz.

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 10: Rechtskraft von Verfügungen (5 Punkte)

Ausgangslage

Verfügungen treten nach Ablauf der Rechtsmittelfrist in Rechtskraft. In bestimmten Fällen kann eine Verfügung trotzdem noch geändert werden.

Aufgabe

Beantworten Sie die folgenden Fragen:

Frage 10.1 (1 Punkt)

Was ist die Rechtsfolge, wenn eine Einsprache nicht rechtzeitig erhoben wird?

Frage 10.2 (4 Punkte)

Welche Möglichkeit, abgesehen von der Möglichkeit der Fristwiederherstellung, steht einer versicherten Person zu, wenn sie die Einsprachefrist verpasst hat und die Verfügung formell rechtskräftig ist? Geben Sie auch die massgebende Gesetzesbestimmung (inkl. Absatz) an. Nennen Sie zwei Voraussetzungen die – abgesehen von der Rechtskraft - erfüllt sein müssen.

Erzielte Punkte:

Prüfungsteil 9: Recht

Kandidatennummer

Aufgabe 11: Verfahren vor kantonalem Versicherungsgericht (2 Punkte)

Ausgangslage

Das ATSG schreibt für das Gerichtsverfahren ein einfaches und rasches sowie in der Regel kostenloses Verfahren vor. Die Invalidenversicherung ist von der Kostenlosigkeit des Verfahrens indessen ausgenommen.

Aufgabe

Beantworten Sie die folgende Frage:

Welcher Kostenrahmen gilt für IV-Leistungsstreitigkeiten? Geben Sie die massgebende Gesetzesbestimmung (inkl. Absatz) an.

Erzielte Punkte: